

## **Eine Welt für alle**

Weltföderalismus - Bauplan für eine demokratische Weltgemeinschaft

von Dr. Maja Brauer - in Eurotopia August 2003

Eine Welt für alle; - diese Vision ist vielen längst Verpflichtung geworden. Sie beseelt die vielen Menschen, die weltweit Kraft, Zeit und Geld opfern, um in vielfältiger Weise anderen zu helfen und die Lebensgrundlagen des Planeten zu erhalten. Und zunehmend gehen viele dieser Weltbürger auch daran, übergeordnete, strukturelle Grundlagen für eine zukunftsfähige Weltgemeinschaft mitzugestalten. Eine Inspiration dafür könnte die Bewegung für eine Weltföderation sein, die schon lange die Schaffung globaler demokratischer Institutionen fordert und entwickelt.

Zu Recht wird im Rahmen der in den vergangenen Jahren entflammten Globalisierungsdebatte auf unfaire und gefährliche Ungleichgewichte im Rahmen unserer zunehmend vernetzten Weltgesellschaft hingewiesen. Der Protest macht auch die tiefe Kluft zwischen der Bevölkerung und den offenbar machtlosen oder von mächtigen Interessen dominierten internationalen Organisationen deutlich. Im Mai 2000 forderten im Rahmen des Millennium-Forums am UN-Hauptquartier 1300 Repräsentanten von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eine durchgreifende Reform des UN-Systems, damit endlich drängende Probleme globaler Dimension wirksam angegangen werden könnten. Die Sicherung des Friedens, der Schutz der Menschenrechte, die Beseitigung der Armut und die Erhaltung der Ökosysteme erforderten, so heißt es im Abschlusspapier der Tagung; dass Wirtschaftskonzerne, internationale Finanz- und Handelsinstitutionen sowie Regierungen einer effektiven demokratischen Kontrolle durch die Völker unterworfen würden.

Es ist in der Tat ein nahe liegender Gedanke, die Grundprinzipien rechtsstaatlicher demokratischer Gemeinwesen schließlich auch auf die Weltebene auszudehnen, um so endlich einen verlässlichen Rahmen für die oft angemahnte Weltinnenpolitik zu bekommen. Denn offenbar bestätigt sich eine Erfahrung immer wieder: wo Menschen miteinander in Wechselwirkung treten, muss es freiheitlich gestaltetes Recht und für alle verbindliches Gesetz geben, um diese Wechselwirkungen zum gemeinsamen Wohl zu regeln. Wo dies fehlt, entsteht nicht Freiheit, sondern Gewalt als das (Un)recht des Stärkeren. Die Forderung endlich auch die internationalen Beziehungen zum demokratisieren und der Herrschaft des Rechts zu unterwerfen, hat eine lange Tradition. Seit gut zwei Jahrhunderten mahnen Vertreter des so genannten Weltföderalismus die Entwicklung globaler demokratischer Rechtsinstitutionen an. Durch diese sollen Menschen und Volksgruppen endlich in die Lage versetzt werden, ihre Beziehungen in einer Weise zu regeln, die eine friedliche, gerechte und ökologisch tragfähige Weltgemeinschaft gewährleistet. Diese Institutionen sollen auf der einen Seite die fundamentalen Menschenrechte sichern und auf der anderen Seite die Selbstbestimmung von Menschen, Gruppen und Völkern so mit dem Gemeinwohl des Ganzen in Übereinstimmung bringen, dass größtmögliche Freiheit für alle ermöglicht werden kann.

### **Weltföderalistische Prinzipien**

Der demokratische Entwurf einer künftigen Weltgesellschaft zeigt sich als vielschichtiges Gebilde, das von Dorfgemeinschaften und sonstigen kleineren Selbstverwaltungskörperschaften über lokale Behörden, Nationalstaaten und regionalen Institutionen bis hin einer föderativen Weltautorität reicht. Damit ließen sich Konflikte und für das Gemeinwohl wichtige Vorgänge jeweils auf der adäquaten Ebene angehen; lokale Probleme auf lokaler Ebene, nationale Probleme auf nationaler Ebene, regionale Probleme auf regionaler Ebene und globale Probleme auf globaler Ebene. Die jetzigen Staaten würden damit einen Teil ihrer Macht nach unten und nach oben abgeben, wobei die oberste Autorität streng begrenzt und (im Gegensatz zu den jetzigen Weltmächten) demokratischer Kontrolle unterworfen wäre.

Mit den bitteren Erfahrungen zweier Weltkriege verstärkten sich diese Bemühungen. So nahm der indische Nationalkongress am 8. August 1942 eine von Mahatma Gandhi eingebrachte Resolution an, mit der eine Weltföderation von freien Nationen gefordert wurde. Solch eine Weltföderation, so heißt es in dem Text weiter, würde die Freiheit ihrer Mitgliedsstaaten garantieren, Aggression und Ausbeutung einer Nation durch die andere verhindern, nationale Minderheiten schützen und den Fortschritt aller rückständigen Nationen sowie die gemeinsame Nutzung der Ressourcen für das Gemeinwohl sicherstellen; eine Weltbundespolizei würde den Weltfrieden bewahren und Aggressionen verhüten.

Die Schaffung der Vereinten Nationen als eines nach dem gescheiterten Völkerbund - weiteren losen Staatenbundes unter der alleinigen Kontrolle der Siegermächte plus China (bis heute die 5 Vetomächte), sowie die atomare Aufrüstung der Großmächte ließ diese Rufe noch lauter werden. Viele Vertreter der europäischen Resistance und auch Atomwissenschaftler wie Albert Einstein und Bertrand Russell gehörten zu den entschiedensten Befürwortern einer föderativen Weltgemeinschaft, die eine kontrollierte Abrüstung ermöglichen sollte.

Binnen weniger Jahre entstand eine starke parteiübergreifende und internationale Bewegung föderalistischer Parlamentarier, die sich in den nationalen Parlamenten für eine durchgreifende Reformen der UN und die Schaffung einer legitimierten Weltregierung zur Sicherung des Weltfriedens einsetzten. Zeitweise waren 800 Abgeordnete aus aller Welt bei der 1951 gegründeten Weltvereinigung der Parlamentarier für eine Weltregierung aktiv. Unter den zahlreichen Politikern, die öffentlich auf die Bildung einer Weltföderation hinwirkten, lässt sich unter anderem John F. Kennedy nennen. Im Jahr 1950 hatten 22 US Bundesstaaten eine von ihm unterstützte entsprechende Resolution angenommen, und auch das kanadische Parlament forderte in diesem Jahr einstimmig eine verfassungsgebende Konferenz für eine Föderation zumindest der Demokratien. Die indische Regierung unter Pandit Nehru stellte sich ebenso hinter die Zielsetzung einer Weltföderation wie der türkische Premier Adnan Menderes und der englische Außenminister Winston Churchill.

### **Die internationale Republik der Weltbürger**

Nicht minder breit und international waren die Aktivitäten in der Bevölkerung. Weltföderalistische Bürgerorganisationen zählten zehntausende von Mitgliedern. Berühmt wurde Weltbürger Nr. 1; Garry Davis. Der ehemalige amerikanische Bomberpilot gab 1948 in der Pariser Botschaft seines Landes seinen US-Pass ab und erklärte, er sehe sich fortan nicht mehr als Bürger nur eines bestimmten Landes, sondern als Bürger der ganzen Welt. Unterstützt unter anderem von Albert Camus und Andre Breton machte er mit spektakulären Aktionen auf sich aufmerksam, etwa als er sein Zelt auf den Stufen des Chaillot Palais aufstellte, wo die dritte Sitzung der Vereinten Nationen stattfinden sollte. 1949 wurde im Rahmen dieser Initiativen ein Registrationszentrum für Weltbürger begründet, durch das bereits bis zum darauf folgenden Jahr 600000 Pässe ausgestellt wurden; bis zum heutigen Tage sind es bereits über eine Million Menschen geworden, die so ihre Verbundenheit mit der gesamten Welt dokumentieren wollen. Auf großes Interesse der Bevölkerung stießen außerdem die sogenannten Mundialisierungen; dabei stimmt die Bevölkerung einer Gemeinde, Stadt oder Region über eine Charta ab, die diese zum Weltterritorium erklärt. Diese Kampagne entfaltete ihren größten Wirkung in dem durch die ersten Atomwaffeneinsätze gezeichneten Land: Japan. Bis 1954 wurden zahlreiche Großstädte darunter Hiroshima und die Hauptstadt Tokio mundialisiert.

### **Menschheit am Scheideweg?**

Was ist übrig geblieben von all diesen Bestrebungen? Die Beendigung des Kalten Krieges durch die Reformpolitik Gorbatschows hat eine neue Chance zur Weltordnung eröffnet, die man zuvor kaum zu träumen gewagt hätte. Doch scheint weithin verdrängt zu werden, wie essentiell und unaufschiebbar diese Aufgabe ist. Die im gegenwärtigen inter-nationalen Weltsystem offenbar unaufhaltsame Weiterverbreitung von ABC- Waffen präsentiert sich wie eine tödliche Saat, die vielleicht in einigen Jahrzehnten oder nur Jahren nicht mehr am Aufgehen gehindert werden kann. Allein die erschreckend verantwortungslosen Äußerungen neuer Atommächte wie Indien, Pakistan oder Nordkorea oder die Erkenntnis, dass moderne und mit reichlich Finanzmitteln ausgestattete Terroristen wie das Al-Kaida-Netzwerk keine Skrupel haben, sich ABC-Waffen zu besorgen und gegebenenfalls auch einzusetzen,

zeigen, vor welchen Abgründen der Menschheit steht.

Und die gegenwärtige US-Außenpolitik unter US-Präsident George W. Bush hat eines wieder deutlich gemacht, wie schnell sich jahrzehntelange Entwicklungen in den internationalen Beziehungen binnen Wochen wegwischen lassen und der Krieg als Instrument zur Durchsetzung nationaler Interessen restauriert werden kann.

Zudem erweisen sich soziales Elend und Unterdrückung in der globalen Zwei-Klassengesellschaft reicher und armer Nationen weiterhin als fruchtbarer Nährboden für fundamentalistische Ideologien und Flächenbrände der Gewalt. Und gleichzeitig beschleunigt sich mehr und mehr die Maschinerie ökologischer Weltvernichtung im Wettstreit der anwachsenden Weltbevölkerung um den Profit des Raubbaus.

### Eine neue Weltbürger-Bewegung

Während die zersplitterte Nationenwelt auf einem offenbar immer schmaleren Grat entlang taumelt, wächst unterdessen auch das weltbürgerliche Bewusstsein in vielen Teilen der Welt. Sowohl theoretische Untersuchungen als konkrete politische Arbeit zur Umsetzung der Vision einer gemeinsamen Welt nehmen sprunghaft zu. Im Rahmen gemeinnützig arbeitender Organisationen können konkrete Forderung nach globalen Reformen mit integriert werden, wie es z.B. kürzlich die Gesellschaft für bedrohte Völker getan hat. So kann die globale Vernetzung der Bürgerorganisationen verstärkt und ihr zunehmend auch als Weltbürgerbewegung Gehör verschafft werden. Das würde auch jenen Personen des öffentlichen Lebens den Rücken stärken, die an wichtigen Schaltstellen der Gesellschaft Reformen hin zu einer globalen Gemeinschaft bewirken könnten. Jüngste Beispiele was auf diese Weise erreichbar ist, sind unter anderem die großen Erfolge der Anti-Personenminen-Koalition und natürlich der Koalition für den Internationalen Strafgerichtshof, den letztlich auch eine Großmacht wie die USA nicht verhindern konnte (obwohl sie sich bislang weigert beizutreten).

Weltbürgerlich denkende Menschen haben die Möglichkeit ihrer Überzeugung symbolisch Ausdruck zu verleihen. Mögliche Aktionen sind unter anderem die Beantragung von Weltüberpässen, die Mundialisierung von Gemeinden und Regionen, Mahnwachen an Feiertagen oder das Hissen der schönen Erdflagge, eines Abbilds der Erde auf einem tiefblauen Banner.

Eine Schlüsselrolle könnten hier auch die Religionsgemeinschaften spielen - in der Besinnung auf das, was sie vereint: ihren Glauben an die göttliche Würde jedes Menschen und der Schöpfung und an die ethischen Gebote von Frieden, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit. In gemeinsamer Arbeit, verbunden für eine Welt, die diese Grundwerte zu schützen vermag, wären die Religionen eine Macht von nicht zu unterschätzender Stärke.

### Demokratische Gestaltung des globalen Zusammenlebens

Echte globale Demokratie und Weltinnenpolitik sind Ziele, die ein weiteres Erstarren der Demokratie als Lebensform voraussetzen. Dieser Trend erscheint trotz aller Mängel und Rückschläge unaufhaltsam. Über zwei Drittel der Weltbevölkerung leben heute in formell demokratischen Systemen, wobei zahlreiche Staaten erst im vergangenen Jahrzehnt ihre ersten Wahlen abgehalten haben. Auch die Großmächte Russland und China sind auf Reformkurs, so dass eine weitere Öffnung und Demokratisierung ihrer Systeme wahrscheinlich ist.

Im gegenwärtigen Staatensystem lassen sich durch Bürger-bewegungen im engen Zusammenwirken mit aufgeschlossenen Eliten wichtige Zwischenschritte angehen. Unter anderem wird von Weltföderalisten die Schaffung einer UN-Parlamentarierversammlung [auf Grundlage des Artikels 22 der UN-Charta] empfohlen. In Deutschland soll diese Reformbewegung durch das sich in der Aufbauphase befindliche Komitee für eine demokratische UNO vorangetrieben werden. Auch das Europäische Parlament hat im März 1999 gefordert, dass eine parlamentarische Dimension in das System der UNO eingeführt werden soll.

Das anvisierte UN-Plenum wäre zwar noch kein Weltparlament, denn die Entscheidungsgewalt verbliebe nach wie vor bei Generalversammlung und Sicherheitsrat. Es könnte dennoch eine bedeutsame Funktion erfüllen, als ein erstmals direkt gewähltes und kontinuierlich bestehendes Diskussionsforum, das die öffentliche Erörterung von Maßnahmen zur Bewältigung der gemeinsamen Bedrohungen der Menschheit erlauben würde. In Zusammenarbeit mit den Nicht-Regierungsorganisationen als einer möglichen 3. Kammer (siehe z.B. den Weltzukunftsrat und Weltfrauenrat) könnte so der Druck zugunsten einer global verantwortlichen Politik deutlich erhöht werden. Die Ideologie des selbstverständlichen National-egoismus würde relativiert und ein weltbürgerliches Ethos gefördert werden.

Eine besonders wichtige Funktion könnte das Plenum schliesslich als Motor für die fortschreitende Stärkung und Demokratisierung des UN-Systems erfüllen. Reformideen könnten auf die Tagesordnung der Weltorganisation gesetzt und ihre öffentliche Diskussion gefördert werden. Auf diesem Wege könnte die Versammlung auch für die Übertragung weiterer Befugnisse an sie selbst wirken - bis hin zu wirklichen gesetzgebenden Kompetenzen.

Anstelle durch global player oder angebliche Sachzwänge fremdbestimmt, würde so zunehmend auch die Gestaltung des globalen Zusammenlebens demokratisiert und langsam hingeführt zu einer echten Weltdemokratie und Weltrechtsordnung. Sir Peter Ustinov, der verstorbene Präsident des World Federalist Movement, sieht eine Weltföderation als unausweichliche Folge des Fortschreitens der menschlichen Zivilisation an. Sie verlange die vollendetste Form des Patriotismus... die Verbundenheit des Einzelnen mit der gesamten Menschheit.

**Diese Broschüre wird mit Unterstützung der Weltföderalisten Schweiz verbreitet.**

Die religiös und politisch neutrale Vereinigung der Weltföderalisten, welche weltweit über 50'000 Mitglieder zählt, bei der UNO und in 40 Ländern vertreten ist, strebt einen föderalistischen, demokratischen Weltbundesstaat an, welcher für die globalen Probleme zuständig sein soll.

Gerne informieren wir Sie über unsere Anliegen:

Weltföderalisten Schweiz  
Postfach 3092  
1110 Morges 3



[info@weltfoederalisten.ch](mailto:info@weltfoederalisten.ch)  
[www.weltfoederalisten.ch](http://www.weltfoederalisten.ch)

Sie können uns auch direkt als Mitglied unterstützen (25.- pro Jahr) Postcheck-Konto: 30-31728-8 / Vermerk: Neumitglied